

Berliner Tageblatt

Nr. 454

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Andrucke vom Rathenau-Prozess.

Von
Dr. Ernst Feder.

Die heutige Sitzung des Rathenau-Prozesses wurde vormittags um 10 Uhr ohne Eintritt in die Verhandlung zunächst auf Montag versetzt, weil die Angeklagten Günther und Warncke erkrankt sind. Man rechnet mit ihrer Wiedereröffnung bis zum Montag.

Leipzig, 7. Oktober.

Durch die heutige Vertagung des Rathenau-Prozesses hat Verfahren eine unerwartete Wendung genommen. Bis die gesetzliche Sitzung musste mehrmals unterbrochen werden, weil Willi Günther, wie sein Verteidiger mitteilte, folge des Genusses eines Herings unwohl geworden war, dem, was heute bekannt wird, scheint auch eine Erkrankung des Warncke vorzuliegen. Weiterer Vermutungen wird er sich vorläufig enthalten müssen, solange nicht die Ursache der Erkrankung erwandert wird festgestellt ist. Nach der Strafprozessordnung muss ein Angeklagter, der sich weigert, dem Verfahren wieder von vorn anzutreten, sich falls er Günther und Warncke nicht binnen kurzen wieder gestellt wird, mit einem Abbruch des Verfahrens einverstanden sein. Willi Günther steht in einem gewissen Gegensatz zu Hauptgruppe der Angeklagten, die ihm wiederholt von abschlüsselt verurteilt haben. Warncke aus Hamburg zusammen mit dem wegen Einbruchsdiebstahl bestrafte Brüder der Arbeiter jener Sprengattente in Hamburg, die er Erwidrerung auf die Beschuldigung nationaler Denkmale angenommen haben will.

Eine Verzögerung des Prozesses wäre bedauerlich. Ueber die Schuld der Angeklagten, über die Rolle der Beteiligten ihrer Beteiligung an der Bluttat kann ein abschließendes Urteil natürlich noch nicht gefällt werden. Nach der Vernehmung der Angeklagten steht beendet. Eine Reihe der Zeugen ist noch zu hören. Aber heute schon kann man denken, daß von dieser Prozessverhandlung eine Klärung der Verhältnisse ausgeht wird. Was über das Wesen der Angeklagten, die Atmosphäre, in der sie lebten, und aus der der Verdacht hervorgeht, durch ihr eigenes Zeugnis festgestellt ist, werden durch den Prozess, den Rathenau, der sich an der Angeklagten vernommen wurde, sagte gestern, als er seinen mehrfachen Beziehungen zu dem Zeugen Prümann sprach, er hatte den Eindruck, daß Prümann für einen beider Verhältnismäßig klug war. Ein unflüchiges Wort, vier Tage lang die Wälder des Rathenau-Prozesses vor vorzubereiten ließ, wird das wiederholende Gefühl nicht daß in den Schritten des gebildeten Bürgers in eine neue dieser Art heranzutreten konnte, und auch die treffende merkung des Gutsbesizers Weizens von der ständischen durch den Führer vor allem, was Offiziersgesellschaften gibt, gibt noch keine ausreichende Erklärung ab.

Ein Beispiel: Mehrmals fällt von der Anklagebank das ut, daß Rathenau einer der dreihundert Weisen in Zion war. Man blickt unwillkürlich auf, erfaßt, daß leidenschaftliche Menschen sind, in deren Hirn ein so grauenhaftes Lustwort wuchert. Es handelt sich um die Verpöbelung zwei ganz verschiedenen Dingen. Lubendorff zitiert in dem Buch über 'Revolution und Politik' ein Wort, das Rathenau vor dreißig Jahren einmal in der 'Neuen Freien Presse' geschrieben hat: 'Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leisten die wirtschaftlichen Geschäfte des Internats und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung.' In diesem Satz, der übrigens keineswegs zutreffend ist, beinhalten auch mit dem Judentum gar nichts zu tun hat, benutzend Lubendorff seine Behauptung: 'Mit Frankreich und England fand in dem arbeitete die Vorbereitung des Judentums in Velle's. Rathenau's Worte haben aber weiter gar keinen Zusammenhang mit dem Inhalt des Buches. Die Geheimnisse 'Weisen von Zion', gegen deren Herausgeber Hauptmann, D. Müller v. Gausen übrigens noch ein Strafverfahren schwebt, ist er den Leuten strill zur Ermordung des sozialistischen revolutionären Karuss angegriffen haben soll. Diese 'Geheimnisse' bezeugen, wie sehr sie selbst ist, auf einem Beispiele, das die letzten Jahre der Berliner Rechtsanwalts Job gegen poleon III. richtete, und ihre heutige Gestalt ist ihnen, der Berliner Universitätsprofessor Geheimrat Strauch nachweisen hat, vor zwanzig Jahren von monarchisch gesinnten Menschen als Polemik gegen den Grafen Witte gegeben worden. Er Lubendorff zitiert auf einer Seite seines Buches den Satz von Rathenau und verweist auf einer anderen Seite die selbe Behauptung wiederum ausdrücklich auf die Weisen von Zion. Diese beiden Dinge werden in den jungen Köpfen miteinander verknüpft, und nun ist Rathenau einer der dreihundert Weisen von Zion, der als solcher ermordet werden muß. Vielleicht ist es heilsam, daß so einmal in der breiten Öffentlichkeit auf einem Beispiel gezeigt werden ist, wozu wissenschaftliche Dummheit und Gedankenslosigkeit führen.

Die heutige Vertagung der Verhandlung erfolgt in einem anderen wichtigen Moment. Gerade war mit der Vertagung Karl Tilsen's begonnen worden, des einzigen 'Opfer' unter den Angeklagten, der sich schon rein äußerlich in seinen jüngeren Genossen deutlich abhebt. Es ist nicht der politische Prozess, in den er verwickelt ist. In der Verhandlung wegen des Erzberger-Mordes in Offenbach hatten seine Briefe an seinen Bruder Heinrich, einen der Mörder Erzbergers, eine Rolle. Jetzt ist er in Untersuchungshaft wegen des Verdachts einer Beteiligung an dem Veranschlag auf Scheidemann. Er liegt auch, wie er sagt, mit Kapitänleutnant Hoffmann in Verbindung, deren in bestrebtlich verfolgten Ehrhardt in München verhaft. Und

Kurze Unterbrechung des Rathenau-Prozesses.

Erkrankung des Günther und anderer Angeklagter.

Eine Ueberraschung im Gerichtssaal.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

Leipzig, 7. Oktober.

Der heutige fünfte Tag des Rathenau-Prozesses vor dem Staatsgerichtshof begann mit einer Ueberraschung. Der Beginn der Verhandlung verzögerte sich im Gegensatz zu den bisherigen Verhandlungstagen auffällig lange. Der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Gagens, hatte die Mitglieder des Staatsgerichtshofes vor Beginn der Verhandlung bei sich versammelt. Auch der Oberreichsanwalt Dr. GERMANN war eifrig im Gespräch mit den Verteidigern, dem Gefängnisarzt der Untersuchungsanstalt, in der die Angeklagten untergebracht sind. **Dies führte durch, daß die Weiterführung des Prozesses infolge Erkrankung von fünf Angeklagten in Frage gestellt ist.** Schon in der gestrigen Nachmittags-Sitzung mußte bekanntlich die Vernehmung zweimal unterbrochen und schließlich abgebrochen werden, weil Günther sich aufhebende fühlte, der Verhandlung zu folgen. **Heute früh meldeten sich nun auch Ernst Werner Tschow, Warncke, Steinbock, Haas und Tilsen** krank. Die genannten Angeklagten seien in der Tat krank und hätten sich nur mit Mühe auf den Zutritt der Verteidiger erwehrt. Gegen 10 Uhr erschien dann der Gerichtshof im Saal und Senatspräsident Dr. Gagens verständigte: **„Nach den Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, ist es den beiden Angeklagten Warncke und Günther infolge eines Unfalles nicht möglich, der Verhandlung zu folgen. In der Tat ist auch Anwalt des Gefängnisarztes Warncke so schwer erkrankt, daß er verhandlungsunfähig ist. Aber auch Günther ist noch der Behandlung des Arztes bedürftig. Da nach der Strafprozessordnung es unmöglich ist, ohne die beiden Angeklagten weiter zu verhandeln, und da eine Abtrennung ihrer Sache von der Hauptanfrage nicht möglich ist, so vertage ich die Verhandlung bis Montag früh 9 Uhr. Nach Rücksicht des Arztes ist es sehr feher, daß die beiden Angeklagten bis dahin wieder hergestellt sind.“** Hieran wurde die Verhandlung geschlossen. Die dreißigstündigen Stunden dauernde geheime Sitzung des Gerichtshofes, die der kurzen öffentlichen Verhandlung vorausging, zeigt, daß schwerwiegende Dinge verhandelt wurden. Man glaubt wohl auch in diesen Kreisen, daß es sich um vergiftete Weinlässe handelt.

Ueber die Erkrankung der Angeklagten, die zu letzten Kommentaren Anhalt gab, erzählt die B. S. Korrespondenz nach folgende Einzelheiten. Am Donnerstag hatte der Angeklagte Günther im Reichsgericht ein Paket mit Schokolade erhalten. Als Arbeiter war die Firma Sarotti in Berlin angegeben. Der postalische Aufgabekontrollier erkannte, daß das Päckchen in Probit aufgegeben worden ist. Dem Paket war ein Brief beigelegt, der die Schokolade als eine Liebesgabenendung erscheinen liess. Es handelt sich bei der Sendung um gefülltes Konfekt. In der Freitagsverhandlung a Günther von der Liebesgabenendung und bot in der Mittagspause, während der sämtliche Angeklagte einer besonderen Sitzung unterzogen wurden, der anderen in fast beständlichen Angeklagten an. Fast alle aßen davon. Am Freitag nachmittag

schickte sich Günther, da er am meisten gegessen hatte, bereits stark unwohl, so daß endlich um 3 Uhr die Verhandlung abgebrochen werden mußte. **In der Nacht zum Sonnabend erkrankten auch die anderen Angeklagten.** Besonders heftig zeigten sich Vergiftungserscheinungen bei Warncke, der Morgen- und Herzkämpfe bekam, aber auch bei Ernst Werner Tschow, Steinbock, Haas und Tilsen. Letztere stellte sich heftiges Erbrechen und Diarrhöe ein. Der Direktor der Gefängnisanstalt L. b. Tschow, ließ sofort durch den Gefängnisarzt sämtliche Angeklagte untersuchen und Beruhigungs- und Gegenmittel verabreichen. Trotzdem gelang es nicht, die auffälligen Krankheitserscheinungen bis zum Morgen zu bekämpfen. Bereits am Sonnabend morgen machte Direktor v. Tschow den Oberreichsanwalt GERMANN und Senatspräsident Dr. Gagens von den Vorfällen in der Nacht Mitteilung. Oberreichsanwalt GERMANN verfiel infolge dessen die sofortige Beschlagnahme der noch vorhandenen Reste des Konfekts, die dem Gerichtssekretär zur Prüfung übergeben wurden. Das Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

Von einer Abtötung eines Liebesgabenpakets an die Angeklagten ist der Firma Sarotti nichts bekannt. Die Direktion hat sofort alle denkbaren Schritte in die Wege geleitet, die zur Klarstellung des ganzen Angelegenheit zweckmäßig sein können. Eine Umfrage bei sämtlichen Filialen, ob und warum eine Bestellung aufgegeben wurde, daß ein Päckchen Konfekt an den Angeklagten Günther zur Abtötung gelangen sollte, verlief ergebnislos. Die Direktion hat angeordnet, daß in den Liebesgeschäften der Firma Sarotti alle Verkaufserlöse in dieser Angelegenheit nochmals eingehend vernommen werden sollen. Die Untersuchung des vom Angeklagten Günther übergebenen Konfekts steht noch an. Nächstens Ergebnis bleibt es vorbehalten zu entscheiden, ob die Vergiftungserscheinungen der Angeklagten überhaupt von dem Genuß des Konfekts herühren, oder ob nicht andere Ursachen dazu beigetragen haben, eine typhusähnliche Erkrankung der Angeklagten hervorgerufen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

Leipzig, 7. Oktober.

Der Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Gagens erklärte einem Pressevertreter, daß der Zustand der erkrankten Angeklagten völlig un gefährlich ist und zu Besorgnissen Anlaß geben. Sie werden am Montag wahrscheinlich wieder verhandlungsfähig sein. Der Präsident glaubt, die Erkrankung entweder auf Selbstvergiftung durch Hering oder auf Schokolade, die den Angeklagten aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis nachgeschickt wurde und die verdorben war, zurückzuführen zu können. Präsident Gagens hielt auf dem Standpunkt, daß alle Kombinationen, die sich auf der Annahme einer beabsichtigten Vergiftung durch Prasinés aufbauen, haltlos seien.

vor dem Attentat auf Rathenau ist er wieder zurecht in Berlin aufgetaucht. Eine merkwürdige Erzählung. Er sprach Sprachen, und beschäftigt sich nebenbei mit der Gründung von Ortsvereinen der national-sozialistischen Partei. Er verfügt über Geldmittel, von denen er einen weitgehenden Gebrauch macht. Gerade in Verbindung mit seiner Vernehmung mißte es möglich sein, in die Zusammenhänge zwischen den Angeklagten und den Personen sowie Organisationen, die hinter ihnen stehen, weitere Verbindungen, als es bisher gelungen ist. Gerade der Gerichtshof von Schuld der Republik hat Recht zu sprechen, nicht Politik zu machen. Politik im Sinne einer Beurteilung vom politischen Standpunkte aus gehört nicht in den Gerichtssaal. Es ist selbstverständlich, daß sich der Staatsgerichtshof von jeder Politik in diesem Sinne fernhält. Politik aber im Sinn der Aufhellung derjenigen politischen Zusammenhänge, die für die Beurteilung der politischen Mordtat und der Täter bedeutungsvoll sind, gehört gerade zu den Hauptaufgaben des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik. Denn dieser Schutz der Republik kann wirksam nur dann geleistet werden, wenn die Angriffe auf die Führer der Republik nach allen Richtungen hin aufgeklärt werden.

In der Vorunterrichtung sind angehend diese Ermittlungen im Interesse eines begehnten Abchlusses nicht sehr weit ausgedehnt worden. Senatspräsident Dr. Gagens wolle keines Amtes als Vorsitzende mit der äusseren Öffentlichkeit, und scheinbar sind je Angeklagte mit arderer Zusammenkunft. Ruhe und Sachlichkeit behandelt worden, wie die des Rathenau-Mordes Beschuldigten, die sogar, was in einem Prozeß dieser Art immerhin etwas ungewöhnlich ist, während der Verhandlungen ungehindert miteinander verkehren konnten. Aber der Vorsitzende hat sich sehr am Inhalt der Akten und begnügt sich vielfach damit, von den Angeklagten dasjenige zu verlangen, was sie zu lassen, was sie in der Vorunternehmung ausgesagt haben. Es ist deshalb wertvoll, daß die Zeitzer von ihrem Recht, Fragen zu stellen, häufig Gebrauch machen und, unbekümmert um den Akteninhalt, auch die Hintergründe der Tat zu erfordern bestrebt sind. Gerade bei der Vernehmung des jetzt auf so seltsame Weise erkrankten Willi Günther hatte der frühere Kanzler Fehrenbach erteilte Vorstellungen gemacht und um Benennung seiner 'Verbindungen' ersucht. Es scheint uns dringend notwendig, daß diese Benennungen fortgesetzt, daß insbesondere die Quellen aufgedeckt werden,

aus denen namentlich für Karl Tilsen das Geld so reichlich floß. Auch die Heranziehung der Akten des Offenburger Erzberger-Prozesses, bei denen sich die beschlaggenommenen Briefe und sonstigen Dokumente der jetzigen Angeklagten Karl Tilsen und Haas befinden, scheint uns dringend notwendig. Schreibt doch Tilsen in einem dieser Briefe: **„(D. h. Ehrhardt. Der Brief) hat mir gesagt, daß er mit Euch bestimmt rechnet, sobald er auf Euch zurückgreift. Zunächst ist dies noch nicht der Fall.“** Das war ein Brief vor der Ermordung Erzbergers. In einem Brief nach der Ermordung (inzwischen hatte Ehrhardt 'juridischgegriffen', und Schulz und Tilsen waren gegen ein gutes Gehalt bei der Organisation G. Abteilung B, in München angestellt worden) heißt es dann: **„Rechtlicher Dank für Deine Zellen vom 29. 8. Du bist ja eine urbreite Art. Grub auch Schulz im Besonderen.“** Am 29. August 1921 hatten Schulz und Heinrich Tilsen die Bluttat im Schwarzwald vollbracht.

Es ist merkwürdig. Sobald in dieser Prozessverhandlung die Organisation G. oder ein anderer Geheimbund genannt wird, schnell aus der rechten Gruppe der Verteidiger der eine oder andere empört und lacht lustvoll, daß von einer Beteiligung dieser Organisation gar keine Rede sein kann. Die Verteidiger der Organisation G sind also im dem Hofen. Das ist anzuerkennen. Wir hoffen, daß auch Ankläger und Richter nicht fehlen werden.

Wiederaufbaukonferenz in Berlin am 23. Oktober.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

Paris, 7. Oktober.

Das französische Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete hat gestern über das Aufbauprojekt des Verbandes sozialer Baubetriebe beraten. Es wurde beschlossen, daß eine Abordnung des Komitees demnächst mit Minister Reibel über das Projekt verhandeln solle. Das Datum für die Konferenz in Berlin, an dem das Abkommen zwischen dem französischen Aktionskomitee und den deutschen Verbänden unterzeichnet werden soll, ist auf den 23. Oktober festgesetzt. Unter den Mitgliedern der französischen Delegierten befinden sich einige Deputierte und Senatoren aus den zerstörten Städten und ein Vertreter der Arbeiter für die Baubetriebe.

Die neuen Orientberatungen in Paris.

Ein befristetes Ultimatum Kemal Paschas. - Neue Kriegsgefahr.

Nächtliche Konferenz am Quai d'Orsay.

Heute Fortsetzung der Beratungen - Der Streit um Thrazien. - Frankreich unterläßt die türkische These. - Vor einem neuen Kompromiß. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 7. Oktober. Lord Curzon, der gestern um 9 Uhr in Paris eintraf, fuhr zunächst zur englischen Botschaft, wo ihm Lord Cardigan ein längeres Telegramm aus London überreichte, das die letzten Anweisungen des englischen Kabinetts enthielt. Am 11 Uhr nachts fuhr Curzon am Quai d'Orsay vor. Poincaré erwartete ihn in Gesellschaft der Herren de Saussure und de Clanchat und umgeben von sechs Bediensteten fuhr Curzon mit dem Autos zum Hotel de la Paix. Dort wurde er von General Gerny, dem französischen Vertreter, empfangen. Der Herr de la Paix hatte einige Aufzeichnungen aus London mitgebracht. Am letzten Abend erließen auch die Geschäftsträger Italiens, Galli, der in aller Eile zu dieser Beratung eingeladen worden war, die italienische Botschaft Graf Sforza hat vor zwei Tagen Paris verlassen müssen, weil sein Vater plötzlich gestorben ist. Von Beginn hinter verflochtenen Türen eine Beratung. Die bis 2 Uhr 15 Minuten früh dauerte, und deren volle Bedeutung erst heute morgen bekannt wird. Die optimistische Auffassung der französischen Offiziere über den Verlauf der Konferenz von Mudanya war abertrieben. Bei der Beratung hat sich über die Frage der Rücknahme Thrazians eine Meinungsverschiedenheit ergeben, die dadurch kompliziert wurde, daß der französische Delegierte General Gerny und besonders Frankreich-Botschafter General Gerny und besonders Frankreich-Botschafter General Gerny...

bis Freitag nachmittag seine Entscheidung in seinem Sinne erfolgt wäre. Man ist sich in Paris nicht ganz klar darüber, ob diese neue türkische Angriffsbewegung bereits begonnen hat. Die Beratungen in Mudanya wurden aber beiderseits heimlich als die französischen Delegierten die türkische These unterkühlt. Die Engländer waren der Meinung, daß die Haltung der Vereinbarungen mit den übrigen Regierungen nicht entspreche, und daß General Gerny und Franklin-Bouillon ihre Anweisungen überschritten hätten. Unter diesen Umständen wurden, wie es scheint, auf Verlangen der Türken, die Verhandlungen unterbrochen, bis die Alliierten sich auf eine neue Beratung einigten. Vor der nächsten Unterhandlung hat die französische Unterhändler Poincaré gemeldet zu sein, die französischen Unterhändler sind jedoch nicht so froh, wie die englischen, über die Haltung der Alliierten. Lord Curzon hat sich aber die Situation etwas geändert. Lord Curzon soll fast heraus gelacht haben, daß die Franzosen sich darüber entscheiden müßten, ob sie auf ihrer Unterhändler, diese Unterhändler zu befehlen, und ob sie bereit seien, diese Unterhändler zu befehlen, wenn möglich, auch mit einem Kompromiß zu vereinbaren. Bei einer abkommenden Antwort müßte England das Recht haben, allein vorzugehen. Dieser einmal wird mit einem Bruch der Entente cordiale gedroht. Die erste Erwähnung der Dinge wußte man in Paris zu vermeiden. Außer dem Bruch der Entente sind die türkischen Behörden nicht so froh, wie die englischen, über die Haltung der Alliierten. Die Vermutung wird, daß die türkischen Behörden nicht so froh, wie die englischen, über die Haltung der Alliierten. Die Vermutung wird, daß die türkischen Behörden nicht so froh, wie die englischen, über die Haltung der Alliierten...

einfluß enges Bündnis mit Frankreich nicht für das kleinste Gebot, sondern für die Unterstützung der politischen Armes durch geführt werden könne, und ermahnen die militärischen Kreise, dieser Gefahr vorzubeugen und einer zu raschen und zu weitgehenden Überwindung der französischen Offiziersleistungen entgegenzutreten. Espartero'sche Pläne auf diesem Gebiete vertagte sich offensichtlich trotz der Finanznot nicht nur den genen betonten angestrebten Zwecken einer freibeweglichen Politik.

Solva- und Papierpreis.

Eine Frage an den preussischen Finanzminister. In der Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom 16. September hatte Dr. Martin Garbe zur Behebung der Pressenot den Vorschlag gemacht, die Länder müssten den Jahresbedarf der deutschen Zeitungen an Papierholz, das heißt etwa 500 000 bis 1 000 000 Raummeter Holz, also monatlich annähernd 75 000 Raummeter, zum Preise von 2000 bis 3000 Mark je Raummeter, für die Zeitungsdruckerfabrikation zur Verfügung stellen. Er wies darauf hin, daß die im Gesetz vom 21. Juli 1922 vorgelegenen Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse unzulänglich seien. Die wirtschaftliche Notlage der Presse müßte weiter gelassen bis auf 800 000 Mark für den Wagnon, und schon wird angefüllt, daß dieser Preis voraussichtlich nicht einmal bis zum Ende dieses Monats wird durchgehalten werden können, weil die Kohlenpreise und die Frachtpreise weiter steigen. Seit jener Veröffentlichung ist eine weitere Reihe von Zeitungen eingegangen und eine ganze Anzahl anderer steht das unvermeidliche Schicksal drohend bevor. Es ist doch wohl an der Zeit, etwas zur Abhilfe zu tun, und es ist wohl an der Zeit, etwas zu tun. Man hätte erwarten dürfen, daß der Minister ernstlich geprüft, und wenn irgend möglich, durchgeführt wird. Anfangs hatte es auch den Anschein, als sollte etwas in der Richtung geschehen. Selbst aus Bayern wurden Stimmen laut, die den vorgeschlagenen Weg als Mittel zur Rettung bezeichneten. Es sieht auch, daß das preussische Staatsministerium sich mit der Angelegenheit befaßt habe. Seitdem aber scheint es still geworden zu sein, die Presse tatlos aufzuheben. In dem Zusammenhang der Presse tatlos aufzuheben. In dem Zusammenhang der Presse tatlos aufzuheben. In dem Zusammenhang der Presse tatlos aufzuheben...

Sforza dringend nach Paris berufen.

Telegramm unseres Korrespondenten. Rom, 7. Oktober. Der zur Vorbereitung seines Besuchs nach Italien gekommenen Italiener Sforza ist auf telegraphische Dringens nach Paris zurückgekehrt.

Eine Erklärung Bonar Luvis zur Orientfrage.

London, 7. Oktober. (W. L. B.) Die Times veröffentlichten ein Schreiben Bonar Luvis zu der Krise in nahen Osten, das auch eine wichtige zur Berichtigung gestellt werden kann. Bonar Luvis erklärt Bonar Luvis, die Italien auf den Frieden zu sein, und erklärt Bonar Luvis, die Italien auf den Frieden zu sein, und erklärt Bonar Luvis, die Italien auf den Frieden zu sein...

Die amerikanische Bankiers für die Teilnahme Amerikas am europäischen Wiederaufbau.

Erklärung Couheurs über die Reparationsfrage. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Paris, 7. Oktober. Der 'Welt Mariner' erhält eine Nachricht aus New-York, daß der Kongreß der Bankiervereinigungen die folgende Resolution angenommen habe:

- 1. Die Bundesregierung muß in kürzester Frist dafür sorgen, daß der amerikanische Delegierte bei der Reparationskommission nicht mehr offiziell, sondern als vollberechtigtes Mitglied an den Beratungen teilnehmen kann.
- 2. Der Kongreß muß die Vollmachten der Schuldenkommission erweitern, damit diese wirkungsvoll mit den Schuldnationen verhandeln kann.
- 3. Präsident Harding muß darauf hinwirken, daß der neue Zolltarif in einigen Teilen abgeändert werde, damit der internationale Handel wieder belebt wird.
- 4. Die Bundespolitik muß sich mit einer Politik einverstanden erklären, die es Amerika erlaubt, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilzunehmen.

Polen in Sorge um die französische Vormundschaft.

Telegramm unseres Korrespondenten. Warschau, 7. Oktober. Die Nachrichten, daß die rüchlich fertiggestellte polnische Militärmission in Polen in nächster Zeit in ihrem Personalbestand herab reduziert werden sollte, lösen in der polnischen Presse erhebliche Beunruhigung aus. Selbst Wäster, die ein amerikanischer Reporter hat den früheren Minister Rouche über die wirtschaftliche Lage gefragt, Rouche hat darauf geantwortet, daß Frankreich mit Unrecht vorgeworfen werde, es habe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschätzt. Wenn bei den Forderungen an Deutschland ein Rechnungsfehler begangen worden sei, so liege die Schuld dafür bei den Engländern. Bei den Verhandlungen in Versailles hätten die beiden englischen Sachverständigen erklärt, Deutschland könne ohne jede Schwierigkeit 200 Millionen Goldmark bezahlen. Jetzt werde mit der gleichen Entschlossenheit in England gesagt, daß Deutschland höchstens ein Viertel dieser Summe aufzubringen vermöge. Wenn diese letzte Rechnung stimmt, müßten die Alliierten die Alliierten revidieren. Der Minister Rouche hält immer noch den Plan von Chauvres für den besten. Er schloß seine Bemerkungen mit der zurechtfindenden Ansicht: 'Solange die Wäster nur von ihrem eigenen egoistischen Standpunkte aus urteilen, wird das Chaos nicht aufhören.'

Demonstration Hamburger Polizeibeamt.

Rückständige Gehaltsforderungen. Hamburg, 7. Oktober. (Sta.) Eine große Demonstration der Hamburger Polizeibeamt fand heute hier statt. Den Beamten war das Strafgesetzbuch als Teil der Gehaltsforderungen. Heute haben die Beamten vor dem Hause des Polizeipräsidenten und forderten energisch ihr Gehalt. Polizeipräsident Dr. Ranke verließ sich dem, die Beamten zu beruhigen und versprach ihnen sofort 4000 Mark an jeden einzelnen auszuscheiden zu lassen, womit diese sich aber nicht begnügten. Nachher wurden die Beamten mit den Beamten Stellen Rückständig gemacht, wurde eine Kommission gewählt, die sich mit dem Beamtensrat zusammen zum Botschafter begab. Es wurde festgestellt, daß heute noch den Beamten 3000 Mark an Gehalt zurückgeblieben ist. Es wurde beschlossen, daß auf das Oktobergehalt ausbezahlt werden. Daraufhin nahmen die Beamten ihren Dienst wieder auf.

Zur Erweiterung der Krankenversicherungs.

Aus Angestelltenreisen wird es geschlossen: Aus der Mitteilung vom 22. September d. J. ist für die Krankenversicherungsleistung eingehende Verdienstgrenze auf 204 000 Mark erhöht worden. Durch die Festsetzung dieses Einkommens sind zahlreiche Angestellte für die letzte Woche des September versicherungslos geworden. Es wurde beschlossen, daß diese Zeit neu angesetzt werden und ihre Beiträge entrichtet. Alle Befragten, die sich daraus ergeben, hätten zu vermeiden werden können, wenn man den 1. Oktober als Stichtag gewählt hätte. Weder Angestellte noch Arbeitgeber können die Verantwortlichkeit dieser Art Gesetzgebung überwälzen. Es wäre zu unterlassen zu erfahren, auf Grund welcher Sachverständigen gutgeheben das Angehörigen ausgearbeitet hat. Wann wird es endlich dazu übergeben, vor wichtigen Entscheidungen die beteiligten Interessen zu hören?

Polen in Sorge um die französische Vormundschaft.

Telegramm unseres Korrespondenten. Warschau, 7. Oktober. Die Nachrichten, daß die rüchlich fertiggestellte polnische Militärmission in Polen in nächster Zeit in ihrem Personalbestand herab reduziert werden sollte, lösen in der polnischen Presse erhebliche Beunruhigung aus. Selbst Wäster, die ein amerikanischer Reporter hat den früheren Minister Rouche über die wirtschaftliche Lage gefragt, Rouche hat darauf geantwortet, daß Frankreich mit Unrecht vorgeworfen werde, es habe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschätzt. Wenn bei den Forderungen an Deutschland ein Rechnungsfehler begangen worden sei, so liege die Schuld dafür bei den Engländern. Bei den Verhandlungen in Versailles hätten die beiden englischen Sachverständigen erklärt, Deutschland könne ohne jede Schwierigkeit 200 Millionen Goldmark bezahlen. Jetzt werde mit der gleichen Entschlossenheit in England gesagt, daß Deutschland höchstens ein Viertel dieser Summe aufzubringen vermöge. Wenn diese letzte Rechnung stimmt, müßten die Alliierten die Alliierten revidieren. Der Minister Rouche hält immer noch den Plan von Chauvres für den besten. Er schloß seine Bemerkungen mit der zurechtfindenden Ansicht: 'Solange die Wäster nur von ihrem eigenen egoistischen Standpunkte aus urteilen, wird das Chaos nicht aufhören.'

